



Redebeitrag

von

**Hartmut Koschyk MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Finanzen**

**anlässlich des Drachenboot-Dinners
der Taiwan Freundeskreis Bambusrunde e.V.**

**„Der Beitrag Deutschlands und der EU zur Stabilität in
Nordostasien“**

**am Mittwoch, dem 31. August 2011
um 19.00 Uhr
im Anglo-German-Club in Hamburg**

Als Präsident der Deutsch-Koreanischen Gesellschaft, Ko-Vorsitzender des Deutsch-Koreanischen Forums sowie als ehemaliger Vorsitzender der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag möchte ich alle Teilnehmer am heutigen traditionsreichen Drachenboot-Dinner des Vereins „Taiwan Freundeskreis Bambusrunde e.V.“ herzlich begrüßen. Sehr gerne habe ich die Einladung für den heutigen Abend angenommen, um am Beispiel der koreanischen Halbinsel über den Beitrag Deutschlands und der EU zur Stabilität in Nordostasien zu referieren. Ich bin überzeugt, dass meine Ausführungen auch interessante Aspekte für das Verhältnis der VR China zu Taiwan in sich bergen. Sicherlich stimmen Sie mit mir überein, dass die Stabilität der koreanischen Halbinsel untrennbar mit der Stabilität in der gesamten Region verbunden ist. Eine nachhaltige Befriedung auf der koreanischen Halbinsel könnte auch eine Signalwirkung für das Verhältnis der VR China und Taiwan in sich bergen.

Deutschland und die EU verfolgen bei ihrer Politik zur Stabilisierung auf der koreanischen Halbinsel eine doppelte Strategie: Zum einen eine Vertiefung ihrer bilateralen Beziehungen mit Südkorea und zum anderen eine geschlossene Haltung gegenüber dem nordkoreanischen Regime. Darüber hinaus bilden auch 22 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer und der friedlichen Revolution in der DDR die überwundene Teilung Deutschlands und ihr Fortbestehen auf der koreanischen Halbinsel weiterhin ein wichtiges Element der Verbundenheit zwischen Deutschland und Korea.

Deutschland verband 40 Jahre mit Korea das Schicksal der Teilung. Daher sollte es für Deutschland auch eine besondere Verpflichtung sein, auf eine Entspannung und Einheit auf die Stabilität auf der koreanischen Halbinsel einzuwirken. Dabei fragen wir in aller Bescheidenheit, was Korea von Deutschland lernen könnte, wenn es um die Überwindung der Teilung auf der koreanischen Halbinsel geht.

Am 1. Oktober 2010 haben der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Christoph Bergner MdB, und der stellvertretende Minister für Vereinigungsfragen der Republik Korea, Chun Sig Kim, in Berlin hierzu ein „Memorandum of Understanding“ zur künftigen Konsultation in Wiedervereinigungsfragen unterzeichnet.

Beide Seiten erklären darin ihre Absicht, ein Expertengremium zu errichten, das den Austausch von Informationen und wissenschaftlichen Erkenntnissen über den

deutschen Vereinigungsprozess unterstützt und die Frage ihrer Nutzbarmachung für die koreanische Vereinigungspolitik erörtert. Unter anderem wird Deutschland soweit möglich der Republik Korea auf ihren Wunsch hin staatliche Dokumente und weitere historische Unterlagen zum deutschen Einigungsprozess zur Verfügung stellen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat viel Verständnis für die Situation im geteilten Korea und für den Wunsch der Republik Korea, auf eine Überwindung der Teilung einzuwirken und dabei die Erfahrungen anderer Länder zu nutzen. Natürlich wissen wir, dass jedes Land seine eigenen historischen und politischen Gegebenheiten und Besonderheiten hat. Aber wir sind gerne bereit, die Erkenntnisse und Erfahrungen, die wir bei der Lösung der deutschen Frage und bei der Gestaltung der Deutschen Einheit gewonnen haben, auch an unsere koreanischen Partner weiterzugeben. Im November dieses Jahres werden hochrangige Persönlichkeiten, die in den Prozess der deutschen Wiedervereinigung involviert waren in Südkorea erste Gespräche führen. Darunter voraussichtlich auch Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Christoph Bergner MdB, der außenpolitische Berater des damaligen Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl, Horst Teltschik, der letzte Ministerpräsident der DDR und Bundesminister für besondere Aufgaben, Lothar de Maizière und der DDR-Bürgerrechtler des Neuen Forums und von der Volkskammer 1990 gewählte Vorsitzende des Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, Joachim Gauck.

Das deutsch-koreanische Verhältnis ist traditionell freundschaftlich und vertrauensvoll. 2008 stand im Zeichen von 125 Jahren bilateraler Beziehungen: Am 26. November 1883 schloss das Deutsche Reich mit dem Königreich Korea einen Handels-, Freundschafts- und Schifffahrtsvertrag. Deutschland genießt in Korea vielfach Sympathien: So einen Deutschland und Korea das Schicksal der Teilung und der spektakuläre wirtschaftliche Aufstieg in der Nachkriegszeit. Die deutsche Wiederaufbauhilfe nach dem Koreakrieg ist unvergessen: Dieser gegenseitige Austausch bestand zum einen aus Kreditzusagen an Korea in Höhe von 590 Mio. DM in den 1960er und 70er Jahren, sowie zum anderen aus der Entsendung koreanischer Krankenschwestern und Bergarbeiter. Deutsche Erfahrungen im Hinblick auf Teilung, Annäherungspolitik und Einigungsprozess bieten der koreanischen Politik und Wissenschaft zweifellos wichtige Anregungen für den eigenen Weg.

Die Trennung der koreanischen Halbinsel ist allerdings viel radikaler, als sie es zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland je war, weil bis heute weder

Menschen noch Information und Kommunikation die demilitarisierte Zone (DMZ) in wirklich nennenswertem Umfang überschreiten. Und so gibt es die Gefahr, dass die Sehnsucht nach Annäherung und Wiedervereinigung allmählich nachlässt, wenn es einmal die älteren Menschen, die noch eigene Erinnerungen an ein geeintes Korea haben, nicht mehr gibt.

Es ist daher Aufgabe der politisch Verantwortlichen, der Schulen und Universitäten, der Historiker und Kulturschaffenden, den Geist der Einheit in die jüngeren Generationen zu tragen, ihn wach zu halten und den jungen Menschen zu vermitteln, warum auch sie Interesse und Verantwortung dafür empfinden sollten, was im jeweils anderen Teil Koreas passiert.

Die in Freiheit lebenden Koreaner sollten sich aber auch nicht durch die Langsamkeit des Prozesses entmutigen lassen, sondern die Zeit nutzen, um sich über die Lage der Landsleute jenseits der DMZ zu informieren, Wissen zu erwerben, Verständnis zu entwickeln und sich auch gesellschaftlich und politisch für Annäherung und Aussöhnung zu engagieren. Es ist genügend Zeit, um die zahlreichen möglichen Wege und Konzepte hin zur Einheit Koreas ausgewogen und fundiert zu diskutieren – wir Deutschen hatten 1989 keinen Plan in der Schublade.

Und so sind selbst kleinere politische und wirtschaftliche Fortschritte im bilateralen Verhältnis von großer Bedeutung. Jede Begegnung, jeder Kontakt und jeder Austausch ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt auf diesem Weg, der letztlich auch ohne Alternative ist.

Wenn ich höre, dass Skeptiker einer koreanischen Wiedervereinigung auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinweisen, die Deutschland nach seiner Wiedervereinigung zu bewältigen hatte und noch immer zu bewältigen hat, so plädiere ich doch für etwas mehr Realitätssinn und Augenmaß.

Sicherlich ist die koreanische Situation in zahllosen Punkten von der deutschen Lage 1989/90 verschieden. Wenn aber jemand die ökonomischen Herausforderungen der Deutschen Einheit in Gegensatz zu einer koreanischen Wiedervereinigung bringen will, muss man betonen, dass wir diese gigantische Aufgabe zum weit überwiegenden Teil sehr gut gemeistert haben.

Natürlich müssen beide Seiten bei der Vereinigung zweier unterschiedlicher Wirtschaftssysteme Einschränkungen hinnehmen und Belastungen ertragen. Aber: Wer Einheit will, muss bereit sein zu teilen.

Allerdings zeigt uns die Geschichte der Deutschen Einheit – wie Europas insgesamt –, dass unsere offene, freiheitliche, demokratische Gesellschaft auch eine große Anziehungskraft, Ausstrahlung und Attraktivität besitzt – weil sie letzten Endes leistungsfähiger ist als alle konkurrierenden Gesellschaftsentwürfe totalitärer Staaten.

Die globale Attraktivität und Überzeugungskraft der Werte, die in unserer Gesellschaft lebendig sind, sich in der freiheitlichen Ordnung in Deutschland und Südkorea manifestieren und in unseren Verfassungen niedergelegt sind, sind unsere größte Stärke, auf die wir auch in Zukunft hoffen dürfen und setzen sollten.

Ich bin überzeugt, dass bei den angesprochenen Konsultationen auf Basis des unterzeichneten „Memorandums of Understanding“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea wichtige Aspekte der deutschen Wiedervereinigung herausgearbeitet werden, die einen Beitrag zur Überwindung der Teilung auf der koreanischen Halbinsel und somit zur Stabilität in ganz Nordostasien leisten können.

Die Wiederannäherung Nord- und Südkoreas kann jedoch nur in internationalen Zusammenhängen gesehen werden. Auch dieser Prozess braucht zwingend die Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft – durch die Vereinten Nationen, durch die politischen ‚global player‘, durch die regionalen Mächte und vor allem durch regionale Organisationen.

Die Bundesregierung, aber auch die Europäische Union, leistet in diesem Zusammenhang durch enge politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Beziehungen zu Südkorea und eine klare Haltung gegenüber Nordkorea einen wichtigen Beitrag zur Stabilität auf der koreanischen Halbinsel und für einen friedlichen Annäherungsprozess zwischen den beiden Staaten.

Am 15. Juni 2011 hat die EU eine gemeinsame Position gegenüber Nordkorea verabschiedet. Darin wird klar gestellt, dass die EU einen unterstützenden Beitrag zur Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel leisten wird, ohne sich dabei in den Vordergrund drängen zu wollen. Die EU unterstützt eine Wiederaufnahme der 6-

Parteien-Gespräche, aber auch Sanktionen des UN-Sicherheitsrates gegenüber Nordkorea zur Sicherheit des Weltfriedens. Ebenso fordert die EU die Wahrung der Menschenrechte in Nordkorea ein. Weitere Kooperation ist gekoppelt an eine Abkehr der bisherigen nordkoreanischen Politik der Konfrontation. Dies gilt sowohl für eine Vertiefung der wirtschaftlichen oder politischen Beziehungen, als auch für humanitäre Hilfeleistungen. Die EU wird weiterhin ihren demokratischen Partnern im Falle einer nordkoreanischen Provokation entschlossen zur Seite stehen. Des Weiteren wird die EU mit verschiedenen Partnern die Haltung gegenüber Nordkorea fortlaufend beraten und kurz-, mittel- und langfristige Positionen gegenüber Nordkorea erarbeiten. Dabei hat eine geschlossene europäische Antwort auf etwaige weitere nordkoreanische Provokationen, wie beispielsweise weitere Nuklear- oder Raketentests, Priorität. Enge Konsultationen mit verschiedenen Dialogpartnern werden weiterhin die Basis sein für ein geschlossenes Vorgehen der EU gegenüber Nordkorea.

Angespannt ist die Lage insbesondere seit dem Cheonan-Zwischenfall und dem Artillerieschmützel auf die Insel Yeonpyeong am 23. November 2010 mit 4 Toten. Ein tatsächlicher Krieg ist in niemandes Interesse in der Region, aber in der aufgeheizten Stimmung nach dem Vorfall vom 23. November 2010 bzw. bei ähnlichen Zwischenfällen am Rande zukünftiger Militärmanöver kann nicht ausgeschlossen werden, dass eine Situation entsteht, in der es zu einer akuten Zuspitzung der Lage kommt. Dabei war nach dem Tod von zwei Zivilisten durch den nordkoreanischen Angriff in Südkorea die öffentliche Stimmung sehr aufgeheizt, so dass Staatspräsident Lee bei einer erneuten militärischen Aggression Nordkoreas mit einem militärischen Gegenschlag reagieren könnte.

Überraschend war ein erstes Treffen zwischen den beiden koreanischen Verhandlungsführern im Nukleardossier seit Dezember 2008 am 22. Juli 2011 in Bali. Es war möglicherweise der Auftakt für ein vorsichtiges „Tauwetter“. Zudem fanden am 28./29. Juli 2011 in New York sondierende Gespräche zwischen den USA und Nordkorea statt und eventuell ist 2011 eine weitere bilaterale Gesprächsrunde vorgesehen. Damit wird offensichtlich ein chinesischer 3-Stufen-Vorschlag, der Gespräche zwischen Nord- und Südkorea, eine Begegnung zwischen Nordkorea und den USA bis hin zur Wiederaufnahme der 6-Parteien-Gespräche vorsieht, umgesetzt. Jedoch ist bisher auf keiner Seite ein entscheidender Positionswandel feststellbar: Nordkorea hält an einer Wiederaufnahme der 6-Parteien-Gespräche ohne Vorbedingungen fest. Die USA, Südkorea und Japan fordern hingegen zunächst substanzielle Signale seitens Nordkorea: Zum einen ernsthafte Bemühungen um die

Verbesserung der innerkoreanischen Beziehungen, zum anderen konkrete Schritte in Richtung Denuklearisierung, vor allem vor dem Hintergrund der Bekanntmachung einer nordkoreanischen Urananreicherungsanlage im November 2010.

Im Allgemeinen deuten nordkoreanische Äußerungen darauf hin, dass Nordkorea nicht zu einer Aufgabe seines Nuklearprogrammes bereit ist – bzw. nur zu einem sehr hohen Preis, möglicherweise einem Friedensvertrag mit den USA. Diese Zielstellung wird gelegentlich seitens Nordkoreas auch zur Voraussetzung für die Fortsetzung der 6-Parteien-Gespräche erhoben.

Vorausgegangen waren nach dem Jahreswechsel ein Auf und Ab von Annäherungsversuchen: Pjöngjang wiederholte Anfang Januar Gesprächsbereitschaft ohne Vorbedingungen. Seoul lehnte dieses Angebot anfangs ab und betonte, dass eine Entschuldigung für die letzten beiden Militärzwischenfälle (Yeonpyeong und Versenkung der Cheonan mit 46 Toten im März 2010) die Voraussetzung für eine Wiederaufnahme des Dialogs sind. Auch müsse das Nukleardossier Teil der Gespräche sein. Schließlich nahm Südkorea am 25. Januar 2011 doch das Angebot des Nordens zu bilateralen Militärgesprächen auf Arbeitsebene an. Die Gespräche am 8. und 9. Februar 2011 gingen ergebnislos zu Ende und es wurde bisher kein neuer Termin für die Fortführung der Gespräche festgelegt.

Anlässlich der jährlichen Manöverübungen des koreanischen und US-Militärs am 28. Februar 2011 hatte Nordkorea dem Süden mit einem militärischen Angriff gedroht, um sich so gegen die „psychologische Kriegführung“ Seouls zu wehren. Auslöser waren Flugblätter und Bedarfsartikel, die seit November 2010 mit Heißluftballons in Richtung Norden versandt werden. Nordkorea drohte als „Akt der Selbstverteidigung“ den Imjin-Pavillon in der Nähe von Panmunjon zu zerstören, von dem aus Flugblätter und Hilfslieferungen auf den Weg gebracht wurden.

Vom 27. Bis 29. März 2011 fanden schließlich unter deutscher Moderation informelle Gespräche zwischen den USA und Nordkorea in Deutschland statt, die nochmals die unterschiedlichen Vorstellungen der beiden Seiten insbesondere im Nukleardossier verdeutlichten. Dass Deutschland als Austragungsort für derartige Gespräche ausgewählt wurde, ist zweifellos Indiz für das hohe Ansehen, das Deutschland bei der nordkoreanischen Führung als möglicher Mittler auf der nordkoreanischen Halbinsel genießt. Nicht vergessen werden dürfen in diesem Zusammenhang die vergangenen engen Kontakte des SED-Regimes zu Nordkorea. Viele nordkoreanische Diplomaten

und Politiker sprechen exzellent deutsch, bzw. haben in der DDR studiert oder für einige Jahre dort gelebt.

Die Annäherung zwischen Nord und Süd erscheint den USA, Südkorea und Japan als wichtige Voraussetzung zur Wiederaufnahme der 6-Parteien-Gespräche. Nachdem ein Geheimgespräch zwischen Nord und Süd in Peking am 9. Mai 2011 bekannt wurde schien die Vertrauensbasis jedoch weiter beschädigt und eine baldige Rückkehr an den Verhandlungstisch in weite Ferne gerückt.

International trägt Deutschland seiner Verantwortung für die Stabilität in Nordostasien als Mitglied im UN-Sicherheitsrat Rechnung. Der UN-Sicherheitsrat hatte sich am 19./20. Dezember 2010 trotz intensiver Beratungen nicht auf eine gemeinsame Sprache zu den Vorfällen auf der koreanischen Halbinsel Ende November verständigen können. Gemeinsames Handeln ist in der Außen- und Sicherheitspolitik zwingend notwendig. Der Untergang der Korvette Cheonan südwestlich der Baengnyeong- Insel im Gelben Meer am 26. März 2010, das andauernde Atomprogramm Nordkoreas und die Gefahren von Instabilität, die die Machtübergabe von Kim Jong-Il an seinen Sohn Kim Jong-Un mit sich bringen, verdeutlichen, dass die Situation auf der Koreanischen Halbinsel und in Nordostasien weiterhin sehr angespannt ist. Es ist unbedingt notwendig, dass die Sechs-Parteien-Gespräche wieder aufgenommen werden, um eine nachhaltige Lösung der Nuklearfrage zu erreichen.

Ab und an wird im UN-Sicherheitsrat über eine gemeinsame Haltung zum nordkoreanischen Nuklearprogramm verhandelt. Zur fachlichen Einschätzung hat ein Expertenrat am 27. Januar 2011 einen Nuklearbericht vorgelegt. Danach ist das Nuklearprogramm in wesentlichen Teilen nur durch Umgehung der Sanktionen möglich gewesen. Die VR China äußerte sich explizit gegen eine Veröffentlichung des Berichts und betonte den Vorrang der Sechs-Parteien-Gespräche. Insbesondere die Rolle des Expertengremiums war Gegenstand kontroverser Diskussionen. Während die VR China, unterstützt von Russland und Brasilien, eine Politisierung der Experten kritisierte, nimmt die Bundesregierung gemeinsam mit den anderen Mitgliedern des Sicherheitsrates die Arbeit der Experten insbesondere für die fachliche und praktische Implementierung der Sanktionen als sehr großen fachlichen Beitrag wahr.

Wichtig ist der Bundesregierung, alle Bemühungen zur Deeskalation in akuten Krisenlagen auf der koreanischen Halbinsel zu unterstützen. Dabei war es auch von großer Bedeutung, eine solidarische Haltung, innerhalb der EU mit Südkorea zu

demonstrieren. Dies schließt auch eine klare Verurteilung jeglichen aggressiven Verhaltens Nordkoreas ein.

Vor dem Hintergrund unserer eigenen Teilungsgeschichte sieht sich Deutschland in einer besonderen Rolle. Wo wir können, wollen wir einen Beitrag zur Entspannung der Lage auf der koreanischen Halbinsel leisten. Zuletzt fanden, wie bereits angesprochen, im März 2011 inoffizielle Gespräche zwischen Nordkorea und den USA, organisiert durch das Aspen Institute, in Deutschland statt. Unter anderem konnten die deutschen Moderatoren Erfahrungen aus den Zeiten der deutsch-deutschen Teilung einbringen.

Deutschland vertritt die Position, dass wir als Europäer auch gegenüber China eine faire, aber klare Haltung einnehmen sollten, was die Verantwortung Chinas als Verbündeten Nordkoreas betrifft. Aus dieser Verantwortung sollten wir China nicht entlassen. Dies gilt auch für die Konflikte in Afghanistan und Pakistan in unmittelbarer Nachbarschaft Chinas. Zweifellos kommt der VR China eine Schlüsselrolle bei der Stabilität auf der koreanischen Halbinsel und einer innerkoreanischen Annäherung zu.

Auch in der bilateralen Zusammenarbeit stimmt sich Deutschland übrigens insbesondere mit den anderen sechs ebenfalls in Pjöngjang vertretenen EU-Mitgliedsstaaten ab. Mit Japan, Südkorea und den USA finden zusätzlich regelmäßig Konsultationen insbesondere zur Frage möglicher Nahrungsmittelhilfen für Nordkorea statt.

Als EU können wir im Wesentlichen im Bereich der Wirtschaftssanktionen und der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen einen wichtigen Beitrag zur Entspannung auf der koreanischen Halbinsel leisten. Der Besuch hochrangiger EU-Vertreter in Nordkorea im November letzten Jahres und die Erkundungsreise zur Nahrungsmittelsituation im Juni durch die zuständige Generaldirektion ECHO, die die Hilfsmaßnahmen der Europäischen Union für humanitäre Hilfe abgewickelt, unterstreichen das große Interesse der EU an der Stabilität auf der koreanischen Halbinsel. Deutschland bringt sich in diesen Prozess aktiv ein, um einen nachhaltigen Beitrag zur Stabilität in Nordostasien zu leisten: Im Dezember wurde, auch auf deutsches Engagement hin, die Sanktionsliste nordkoreanischer Firmen und Personen erweitert. Andere Länder wie die USA und Japan arbeiten hier in die gleiche Richtung. Aber auch Russland und China sind sehr an einer Deeskalation und mittelfristigen Denuklearisierung

interessiert, auch wenn sie, insbesondere auf UN-Ebene, bisher Nordkorea in Schutz nehmen.

Am 1. März 2001 wurden zwischen Deutschland und Nordkorea diplomatische Beziehungen aufgenommen. Nach dem Ausbruch der Nuklearkrise Ende 2002 wurde der weitere Ausbau der bilateralen Beziehungen, entsprechend einer EU-Position, allerdings von deutscher Seite eingefroren. Deutschland hat mehrfach betont, dass substanzielle Fortschritte bei der Denuklearisierung Voraussetzung sind für die von Nordkorea angestrebte Intensivierung der Beziehungen. Deutschland war auch eine der treibenden Kräfte bei der Verabschiedung und Implementierung von Sanktionen aufgrund der nordkoreanischen Nuklearpolitik. Jenseits der Sanktionsmaterie engagiert sich Deutschland aber im humanitären und kulturellen Bereich. Dabei geht es Deutschland darum, durch konkrete humanitäre Projekte der Bevölkerung Nordkoreas das Leben ein wenig zu erleichtern und den Austausch mit dem Ausland zu fördern. Deutschland ist als eines der wenigen EU-Länder mit einer eigenen Botschaft vor Ort vertreten und koordiniert diese Aktivitäten. Aufgrund der weiterhin angespannten Lage und der ausbleibenden Öffnung des Landes wurde der 10. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen allerdings in bescheidenem Rahmen begangen.

Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sind durch die umfangreichen Sanktionen der UN-Resolutionen 1718 und 1874 stark eingeschränkt. Innerhalb der EU hat sich Deutschland erfolgreich für eine konsequente Umsetzung der Sanktionen eingesetzt. Wichtige Partner wie die USA und Japan haben ihren Handel noch weitgehender begrenzt. Die deutschen Exporte nach Nordkorea betragen 2009 31,9 Mio. € (davon 18% Maschinen, 15% Elektronik, 13% chemische Erzeugnisse, 9% Pharmazeutika und Medizin, 5% technische Instrumente, 5% Fahrzeuge), die deutschen Importe betragen hingegen 38,2 Mio. €. 2010 sanken die deutschen Exporte auf 18 Mio. €, die Importe auf 26 Mio. €. Dies entspricht einem Rückgang der Exporte um die Hälfte (48%), der Importe um ein Drittel (33%). Im ersten Quartal 2011 bleibt das Außenhandelsvolumen konstant.

2008 hatte der Ostasien-Verein (OAV), unterstützt durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, eine Reise für 18 deutsche Unternehmer nach Nordkorea durchgeführt. Während der Reise kam es jedoch zu keinen Geschäftsabschlüssen. Eine weitere Unternehmerreise, die für 2009 geplant war, wurde wegen der politischen Situation abgesagt und wird voraussichtlich 2011/12 durchgeführt.

Im Jahr 2002 wurden ein Investitionsförderungs- und Schutzvertrag und ein Luftverkehrsabkommen paraphiert. Die Unterzeichnung ist jedoch wegen der Nuklearkrise ebenfalls bis auf weiteres suspendiert.

Bei der Förderung der Stabilität auf der koreanischen Halbinsel und einer innerkoreanischen Annäherung sollte man auch die völkerverständigende Kraft der Kultur nicht außer Acht lassen!

Deutschland fördert daher Projekte der Kulturzusammenarbeit, besonders dort, wo Musiker und Künstler im direkten Austausch miteinander tätig werden können. Ein regelmäßiger Austausch ist etwa die Teilnahme von nordkoreanischen Musikern am Osterfestival in Bayreuth. Für 2012/13 ist eine Ausstellung nordkoreanischer Kunst im Museum für ostasiatische Kunst in Dahlem geplant. Noch im Jahr 2011 soll ein Projekt mit nordkoreanischen Filmen in deutschen Kinos anlaufen. Der 2004 eröffnete Goethe-Lesesaal wurde allerdings 2009 mangels Umsetzung der gegenseitigen Vereinbarung leider wieder geschlossen. Wichtige Gründe waren vor allem der mangelnde freie Zugang zum Lesesaal, die sehr geringe Besucherzahl sowie Einschränkungen bei Ausstellung von Inhalten aus dem nicht-naturwissenschaftlichen Bereich.

Auch der Kulturerhalt war Gegenstand der Zusammenarbeit. 2010 konnte die deutsche Botschaft die Teilrestaurierung des historischen Taejo-Schreins in der im Norden gelegenen Stadt Kaesong unterstützen. Eine Fortführung des Projektes scheiterte jedoch an der unkooperativen Haltung der nordkoreanischen Seite, die sich weigerte, die vereinbarte Plakette über die deutsche Förderung anzubringen.

Die bilaterale Zusammenarbeit konzentriert sich auf die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Kultur. Träger sind die Deutsche Welthungerhilfe, die Caritas und das Deutsche Rote Kreuz sowie die politischen Stiftungen. Ziel ist es, Hilfestellung zu leisten, die der Bevölkerung möglichst unmittelbar zugute kommt und bei der das Risiko der Zweckentfremdung deutlich vom humanitären Nutzen überwogen wird. Dabei ist eine klassische Entwicklungszusammenarbeit aufgrund der mangelnden Kooperationsbereitschaft der nordkoreanischen Behörden derzeit nicht möglich. Vielmehr handelt es sich um Programme aus dem Bereich der Not- und Übergangshilfe. Ein konkretes Beispiel ist die Entwicklung von Minigewächshäusern für den städtischen Gebrauch, da hier bei Nahrungsmittelkrisen die Not erfahrungsgemäß am größten ist.

Im Bereich des Umweltschutzes arbeitet unter anderem die Hanns-Seidl-Stiftung zusammen mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) an der Teilnahme Nordkoreas an Pilotprojekten im Bereich des Umweltschutzes und des sogenannten „Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung“, der eine ökologisch nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zum Ziel hat. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ermöglichte es ihrerseits im Rahmen ihres Stipendienprogramms zwei nordkoreanischen Juristen von 2008 bis 2010 ein Masterprogramm in internationalem Recht zu absolvieren. Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt unter anderem einen Expertenaustausch zu Fragen einer nachhaltigen Energiepolitik. Auch die Friedrich-Naumann-Stiftung führt ähnliche Maßnahmen in Nordkorea durch.

Am 13. Januar 2011 ging überraschend die Bitte um Nahrungsmittelhilfe der nordkoreanischen Botschaft im Auswärtigen Amt ein, ohne dass konkrete Anhaltspunkte für Lebensmittelknappheit (wie z. B. Ernteauffälle, Naturkatastrophen, etc.) angeführt wurden. Auch das Außenministerium in Pjöngjang konnte keine nachvollziehbaren Angaben zur tatsächlichen Nahrungsmittellücke machen. Der WFP (Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen) veröffentlichte am 25. März die Ergebnisse seiner Assessment Mission mit internationalen Experten von WFP, FAO (UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation) und UNICEF.

Im Ergebnis empfiehlt der WFP, insgesamt 6,1 Mio. sozial schwache Personen in Nordkorea im Rahmen einer akuten Nothilfeoperation der internationalen Gemeinschaft mit Getreide und Ergänzungsnahrung zu versorgen. Schwachpunkte sind jedoch fehlende Informationen zu strategischen Reserven sowie der Lebensmittelproduktion im Armeebereich. Ebenso problematisch erscheint die empfohlene Verteilung großer Mengen von Getreide über das öffentliche Verteilungssystem, da hier keine Überprüfung gewährleistet ist, ob die erwünschte Zielgruppe auch erreicht wird und ob das befürchtete Abzweigen der Hilfe in andere Kanäle verhindert werden kann. Daher unterstützt Deutschland bisher die akuten Nothilfeaufrufe nicht, sondern befürwortet eine Prüfung von Hilfe im Rahmen von laufenden Programmen, bei denen die Verteilung nicht über staatliche Stellen erfolgt. Anfang Juni führte die zuständige Generaldirektion ECHO, die die Hilfsmaßnahmen der Europäischen Union für humanitäre Hilfe abgewickelt, einen Besuch in Nordkorea mit dem Ziel durch, die Nahrungsmittellage vor Ort zu prüfen. Die Analyse, die am 22. Juni 2011 in Brüssel vorgestellt wurde, stimmt mit der des WFP überein, nämlich dass ein akuter Mangel besteht. Politische Bedenken wie z. B. mögliche Zweckentfremdung für das Militär traten hinter humanitäre Überlegungen zurück.

Daher entschied ECHO Anfang Juli, sich mit 10 Mio. Euro am Hilfsaufruf des WFP zu beteiligen.

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht versäumen darauf hinweisen, dass die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise und der Einbruch der Weltwirtschaft Deutschland und Südkorea als große Exportnationen besonders hart getroffen haben. Auch wenn es durch eine große Kraftanstrengung gelungen ist, einen Zusammenbruch der Weltwirtschaft zu verhindern, ist die Krise noch nicht ausgestanden. Sie wird die Wirtschaft unserer Länder und unsere Gesellschaften noch lange beschäftigen.

Die wirtschaftliche Stabilität Südkoreas ist auch für die politische Stabilität auf der koreanischen Halbinsel und somit für gesamt Nordostasien von entscheidender Bedeutung. Gute wirtschaftliche bilaterale Beziehungen zwischen Deutschland und der Republik Korea, aber auch zwischen der Europäischen Union und der Republik Korea leisten einen unschätzbaren Beitrag für die Stabilität in der gesamten Region. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass in diesem Jahr das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Korea in Kraft getreten ist. Ich werde auf dieses Abkommen noch genauer eingehen. Schließlich ist die EU nach der VR China der zweitwichtigste Handelspartner Südkoreas und der größte Investor. Für die EU ist Südkorea der achtgrößte Handelspartner.

Diplomatische Beziehungen zwischen der EU und Südkorea wurden 1963 aufgenommen. Es wurde ein erweiterter politischer Dialog mit Südkorea eingeleitet. Basis der Beziehungen ist unter anderem ein Rahmenabkommen für Handel und Zusammenarbeit, das 1996 unterzeichnet worden ist und 2001 in Kraft trat. Eine gemeinsame politische Erklärung von 1997 formuliert hingegen Ziele für die politische Zusammenarbeit.

Die EU und Südkorea arbeiten auf der interregionalen Ebene im Rahmen des Asia-Europe Meetings (ASEM) und des ASEAN Regional Forums (ARF) zusammen. Regelmäßige Kontakte im Rahmen des Gemeinsamen Ausschusses (EU-Korea Joint Committee) verdeutlichen das gegenseitige wirtschaftliche Interesse. Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und Südkorea finden in der Regel alle zwei Jahre statt, zuletzt im Oktober 2010.

Gute Beispiele für die Kooperation zwischen der EU und Korea finden sich auch im wissenschaftlichen Bereich: So arbeitet Südkorea beim Satellitennavigationssystem "Galileo" mit der EU zusammen und ist Partner der EU beim Internationalen thermonuklearen Experimentalreaktor "ITER".

Nach Unterzeichnung des Partnerschaftsabkommens am 10. Mai 2010 wurde am 6. Oktober 2010 in Brüssel das Freihandelsabkommen (FHA) zwischen der Europäischen Union und Südkorea unterzeichnet, das am 1. Juli 2011 in Kraft trat. Bei dem seit 2007 verhandelten Abkommen handelt es sich um ein WTO-kompatibles Freihandelsabkommen der „neuen Generation“, das neben einem Höchstmaß an Handelsliberalisierung auch eine weitreichende Liberalisierung bei Dienstleistungen, verbesserte Investitionsbedingungen und den Abbau nichttarifärer Handelsschranken (NTBs) anstrebt.

Außerdem trat das Abkommen noch vor dem Freihandelsabkommen zwischen den USA und Südkorea in Kraft, das bisher nicht ratifiziert werden konnte. Nach der letzten Nachverhandlungsrunde im Dezember sind die Chancen hierzu jedoch gestiegen.

Von dem europäisch-koreanischen Freihandelsabkommen profitieren nach Experten-Ansicht insbesondere Südkorea und Deutschland, die größten Nachteile aus dem Abkommen entstehen hingegen Japan, das auf dem EU-Markt oft in Konkurrenz zu südkoreanischen Produzenten und auf dem südkoreanischen Markt oft in Konkurrenz zu deutschen und italienischen Produzenten steht.

Die zusätzlichen Exportoptionen für die EU durch den Abschluss des Freihandelsabkommens veranschlagt die EU-Kommission in vorsichtigen Schätzungen mit 19 Mrd. € jährlich. 97% aller Zölle entfallen (mit 5-jähriger Übergangsfrist). Dies entspricht einer jährlichen Entlastungen für die Europäer in Höhe von 1,6 Mrd. € und für die Koreaner von 1,1 Mrd. €. Das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Südkorea enthält eine bilaterale Schutzklausel, der zufolge der Meistbegünstigungszollsatz der EU wieder eingeführt werden kann, wenn eine Ware infolge einer Liberalisierung der Handelsströme absolut oder im Vergleich zu der inländischen Produktion in derart erhöhten Mengen und unter derartigen Bedingungen eingeführt wird, dass dem Wirtschaftszweig der Union, der gleichartige oder unmittelbar konkurrierende Waren herstellt, eine bedeutende Schädigung entsteht

oder zu entstehen droht. Nach vorläufigen Statistiken hat sich der Handelsaustausch im Monat Juli im Vorjahresvergleich übrigens bereits um 20% erhöht.

Meinen Ausführungen konnten Sie entnehmen, in welcher komplexer Weise Deutschland und die Europäische Union durch eine Vertiefung ihrer bilateralen insbesondere wirtschaftlichen Beziehungen zu Südkorea, einer gemeinsamen geschlossenen Politik gegenüber dem nordkoreanischen Regime, aber auch durch eine verantwortungsvolle Politik auf internationaler Ebene der Stabilität auf der koreanischen Halbinsel und in Nordostasien Rechnung tragen.

Gerade aufgrund unserer eigenen Geschichte bedeuten zwei Jahrzehnte Deutsche und Europäische Einheit auch, dass wir Deutsche und Europäer zu unserer Verantwortung stehen, dass die Stabilität in Nordostasien gewahrt bleibt und die gesamte koreanische Halbinsel wieder Teil unserer freiheitlichen, demokratischen Staatengemeinschaft wird und die Menschen dort dauerhaft in Frieden, unter rechtsstaatlichen, die unveräußerlichen Menschenrechte wahrenen Verhältnissen in Freiheit und Sicherheit leben können.

Die Stabilität auf der koreanischen Halbinsel oder sogar eine Wiedervereinigung würde sicherlich einen Regionen übergreifenden politischen Entspannungsprozess in Nordost- und voraussichtlich wohl auch in gesamt Ostasien einleiten, so wie mit dem Fall der Berliner Mauer die Überwindung der Europäischen und Deutschen Teilung ihren Anfang nahm. In einer Zeit zunehmender Globalisierung können politische Konflikte nur mit friedlichen Mitteln gelöst werden. Dies gilt zweifelsohne auch für das Verhältnis der VR China zu Taiwan. So wie die Deutsche Wiedervereinigung mit dem deutsch-deutschen Dialog im Konzert der Siegermächte USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion und mit Rückendeckung der Vereinten Nationen ihren Anfang nahm, so muss auch der chinesisch-taiwanische Dialog an erster Stelle stehen. Und so sind selbst kleinere politische und wirtschaftliche Fortschritte im bilateralen Verhältnis von großer Bedeutung. Jede Begegnung, jeder Kontakt und jeder Austausch ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt auf diesem Weg, der letztlich auch ohne Alternative ist.